

Skandalaffäre Thälmann

Worum ging es? Die Wittorf-Affäre 1928 und die Stalinisierung der Komintern

Zu den bekanntesten und oft zitierten Sätzen des alten Dialektikers Heraklit zählt die Bemerkung, es sei unmöglich »zweimal in den denselben Fluß zu steigen«. Seine Warnung vor der Verwechslung eines unveränderten Namen mit der zweifelhaften Beständigkeit der bezeichneten Sache wird von Eberhard Czichon und Heinz Marohn (junge Welt vom 27./28. September, Seiten 2/3 der Beilage) nicht berücksichtigt. Sie empfehlen uns, noch einmal in den Fluß des Jahres 1928 zu steigen. Und weil sie sich selbst als Kommunisten verstehen, ergreifen sie auch die historische Partei »der Kommunisten« – und treffen dabei auf eine Schwierigkeit. »Kommunismus« ist nämlich kein eingetragenes und geschütztes Warenzeichen, das nur von besonders berechtigten Personen verwendet wird. Insbesondere war die sogenannte »Wittorf-Affäre«, die von Clara Zetkin treffender als die »Skandalaffäre Thälmann« bezeichnet wurde, eine Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung selbst. Von allen beteiligten Seiten wurde dabei im Jahre 1928 der Anspruch erhoben, die richtige kommunistische Politik zu vertreten. Es kommt also darauf an, diese Ansprüche zu prüfen, an die Stelle der »conflicting dogmas« die »conflicting facts« zu setzen.

Zu den unbestrittenen Fakten über die Unterschlagung des erst 1927 als Nachfolger des unkorruptibaren Rudolf Lindau zum Polleiter des Bezirks Wasserkante gewählten John Wittorf gehört die Größenordnung der fehlenden Geldsumme: etwa 1500, nach anderen Quellen auch 1850 Reichsmark. Was heißt das? Im Jahre 1928 lag der durchschnittliche tarifliche Wochenlohn eines gelernten Arbeiters bei 51 Mark, eines ungelernten Arbeiters bei fast 40 Mark. Ähnlich war die Situation bei den Angestellten: 68 Prozent der Angestellten verdienten bis zu 200 Mark im Monat. Für die von Wittorf unterschlagene Summe mußte ein gelernter Facharbeiter mehr als ein halbes Jahr arbeiten, wobei die Wochenarbeitszeiten seinerzeit deutlich länger waren als heute. Nur etwa sechs Prozent der Industriearbeiter arbeiteten weniger als 48 Stunden in der Woche.

Aus Sicht der Kommunistischen Internationale allerdings handelte es sich bei den in Hamburg unterschlagenen Beträgen um keine große Summe – »etwa 2000 Mark«, wie der zuständige Ossip Pjatzniki in einem Brief an Stalin und Bucharin feststellte. Tatsächlich hatte man sich bei der Finanzierung der westeuropäischen kommunistischen Parteien durch die Sowjetunion an das »Versickern« ganz anderer Summen, an verschwundene Millionen gewöhnen müssen (Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929, Mainz 1993). Um einen geringeren Preis war die verdeckte Finanzierung der kommunistischen Parteien im Westen kaum zu haben. Und nur mit erheblicher finanzieller Unterstützung war z. B. die KPD in der Lage, zeitweise über 20 Tageszeitungsredaktionen zu betreiben. Selbstverständlich konnte die kommunistische Presse auch mit solcher Unterstützung nicht an die Reichweite der bürgerlichen oder sozialdemokratischen Blätter heranreichen. Die Auflagenhöhe der Roten Fahne betrug nicht mehr als 40 000 Exemplare. Aber es ergaben sich neue Möglichkeiten und neue Abhängigkeiten: Nicht von der politischen Unterstützung durch die Leser, sondern von den Quellen eines geheimen Apparates wurden die Redaktionen und Funktionäre unterhalten. Ein wunder Punkt, der in der »Wittorf-Affäre« von Ernst Thälmann auf der ZK-Sitzung vom 26. September 1928 besonders hervorgehoben wurde: »Eine weitere Rolle für mein Schweigen spielte die Tatsache, daß von einer besonderen Stelle das Geld gegeben war, und alle Genossen in diesem Kreise großes Interesse

daran hatten, daß die Öffentlichkeit nichts davon erfährt.«

Selbstverständlich setzte sich die finanzielle Abhängigkeit nicht direkt in eine politische um. Aber die Autorität der Bolschewiki als der ersten erfolgreichen kommunistischen Revolutionäre wurde mit Gold und Valuta wirkungsvoll untermauert. Die deutschen Kommunisten waren angesichts ihrer Minderheitenposition in der deutschen Arbeiterbewegung tief zerstritten über den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland. Anfang 1928 standen etwa 140 000 Mitgliedern der KPD über 860 000 organisierte Sozialdemokraten gegenüber, die zudem in den Organisationen der Arbeiterbewegung, vom Sportverein über die Gewerkschaften und Genossenschaften bis zu den Freidenkern, die Hegemonie hatten. Alle unterschiedlichen Möglichkeiten der Reaktion auf diese Lage traten in der KPD in allen möglichen und unmöglichen Kombinationen tatsächlich auf: Neben dem schlichten Rückzug in reine kommunistische Zirkel gab es die »linke« Hoffnung auf die »unverdorbenen«, weil unorganisierten Gruppen der Arbeiterklasse, die mit radikalen Forderungen mobilisiert werden sollten. Dann die sogenannte »Einheitsfront von unten«, die den gleichen Klassenbrüdern, die als Gewerkschaftsmitglieder für kommunistische Politik umworben wurden, im Falle ihrer Mitgliedschaft in der SPD die Solidarität aufkündigte. Schließlich die Position der sogenannten »Rechten«, die für eine schrittweise Erarbeitung des Weges zum Kommunismus durch die organisierten Proletarier eintrat: »Der bürgerliche Militarismus hat längst begriffen, daß mit Massenheeren unter den Bedingungen des modernen Krieges nicht zu operieren ist ohne die Entwicklung der Initiative jedes einzelnen Soldaten. Das gilt noch zehnfach und hundertfach für die proletarische Revolution, die noch viel größere Massen in Bewegung setzt und weit mehr Initiative, Selbständigkeit und Verständnis für das Ganze von jedem einzelnen Kämpfer verlangt.« (August Thalheimer)

Die KPD war die größte Partei in der Komintern neben der russischen. In Westeuropa wies sie die reichsten politischen Erfahrungen und inneren Gegensätze auf. Ausschlaggebend für den Ausgang der deutschen Fraktionskämpfe war aber immer mehr die Einflußnahme der sowjetischen Parteiführung. So auch Anfang 1928, als am Rande der 9. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) in einem Geheimabkommen zwischen der deutschen Delegation in der Komintern um Thälmann und der sowjetischen Delegation um Stalin und Bucharin beschlossen wurde, daß »die rechte Gefahr« in der deutschen Arbeiterbewegung und innerhalb der KPD die Hauptgefahr darstellt. Lange vor dem VI. Weltkongreß wurden damit die Weichen für die nächste, nunmehr »radikalere« Entwicklungsetappe der KI gestellt. Clara Zetkin fragte in einem Brief an Wilhelm Pieck bitter: »Wo bleibt die K.I., ihre organisatorische Einheitlichkeit, wenn wichtige Fragen nicht von dem Plenum diskutiert und beschlossen, sondern »geregelt« werden durch Abkommen zwischen einzelnen Parteien?«

Noch während des Weltkongresses wurde die Hamburger Unterschlagung durch die Zeitungen linker oppositioneller Kommunisten öffentlich. Und nicht nur die Versöhnler um Arthur Ewert und Gerhart Eisler forderten personelle Konsequenzen, als Thälmanns Vertuschung zutage trat. Allerdings wurde die Angelegenheit am 26. September im Berliner ZK eben nicht entschieden, sondern dem EKKI übergeben. Dessen erste Reaktion zielte auf eine Beschränkung der Diskussion in der deutschen Partei. Der Hauptvorwurf, der im folgenden dem ZK der KPD gemacht wurde, bestand auch nicht in den Schritten gegenüber Thälmann, sondern in der Veröffentlichung dieser Schritte. Die Kritiker des ZK charakterisierten damit hinreichend ihre Vorstellung von parteilicher Demokratie: Die Mitglieder sollten in einer Frage

entscheiden, über die sie gar nicht erst informiert wurden. Tatsächlich wird die Revision des ZK-Beschlusses nicht in einer kollektiven Beratung und Abstimmung des ZK selbst, sondern in Kungelgesprächen und aufgrund von persönlichem Druck der Moskauer Emmissäre erreicht, flankiert durch schriftliche Mahnungen von Walter Ulbricht und Fritz Heckert, den KPD-Vertretern in Moskau. Die Haltung von Stalin und Molotow stand von Anfang an fest: Thälmann muß bleiben. Sie finden genug Kanäle, diese Botschaft nach Berlin zu transportieren. Parallel zur präjudizierten Entscheidung des EKKI am 6. Oktober ziehen 25 ZK-Mitglieder ihre Stellungnahme gegen Thälmann öffentlich zurück. Aber bis in die Details der folgenden Parteidebatte bleibt der Moskauer Einfluß stets erkennbar: Die Parteigliederungen sollen schließlich nicht über Thälmanns politisches Schicksal, sondern über die Zustimmung oder Ablehnung eines EKKI-Beschlusses entscheiden. Damit wird die Zustimmung zum Vorsitzenden Thälmann zu einer Disziplinarfrage im Rahmen der kommunistischen Weltpartei.

Dennoch dauert es noch Wochen, bis der Aufruhr in der KPD niedergeschlagen ist. Erst in diesen Wochen werden die sogenannten Rechten in der KPD zum organisatorischen Hauptfeind erklärt. Dabei hatten Heinrich Brandler und August Thalheimer am Entschluß zur Funktionsenthebung Thälmanns keinen Anteil. Brandler war noch in Moskau »kominterniert« und konnte erst nach dem 13. Oktober nach Deutschland abreisen. Thalheimer war zwar seit Mai 1928 im Lande, aber nach wie vor Mitglied der sowjetischen Partei und ohne Funktion in Deutschland. Er wandte sich aber mit weiteren Genossen am 18. Oktober öffentlich an das EKKI, womit die Grenzen der Toleranz des Stalinschen Führungskerns bewußt überschritten wurden. In diesem Brief wird die »Wittorf-Affäre« nicht als Ausnahme, sondern als Konsequenz eines Systems von Bürokratismus und politischer Korruption kritisiert. Es wird die Aufhebung des EKKI-Beschlusses vom 6. Oktober, eine freie Diskussion in der Partei und die Wählbarkeit aller Parteifunktionäre gefordert. Thalheimer und seine Genossen formulieren eine politische Kritik an der Position der Komintern und der KPD: Die Stärke der Komintern sei ihre Prägung durch die erfolgreiche russische Revolution. Doch diese Stärke sei zugleich eine Schwäche, denn nicht alle Züge des russischen Vorbilds seien allgemeingültig. Ihre Suche nach dem »konkreten Wege zur proletarischen Revolution in Deutschland« fand jedoch keinen breiten Widerhall, denn, wie es Clara Zetkin im Dezember 1928 ausdrücken wird: »Eine solche freie Diskussion gab es nicht, und sie fehlt jetzt mehr denn je.« Die praktischen Folgen blieben nicht aus. Am 25. März 1929 schrieb Clara Zetkin an ihren Schweizer Genossen, den strafversetzten Jules Humbert-Droz: »Ich werde mich völlig allein und deplaziert in dieser Organisation fühlen, die sich aus einem lebendigen politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt hat, der auf der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und sie auf der anderen Seite in verschiedenen Sprachen ausspuckt, in einen Mechanismus, der die gewaltige welthistorische Bedeutung und den Inhalt der russischen Revolution in Regeln für einen Pickwick- Klub verwandelt hat.«

Das Scheitern der Kommunistischen Internationale hatte keine geringere welthistorische Bedeutung als die russische Revolution, die diese Kommunistische Internationale geprägt hat. In beider Scheitern nimmt das Jahr 1928 eine zentrale Position ein. Deshalb sind die damaligen Auseinandersetzungen auch heute noch von mehr als antiquarischem Interesse. Wer allerdings nichts anderes aus der Geschichte lernen will, als daß ein guter Kommunist um jeden Preis in »der Partei« verbleiben muß, der wird auch in noch so vielen Akten nichts neues finden können. Der wird weiterhin jeden, der vom eigenen Pfad der Rechtgläubigkeit abweicht, als Renegaten

exkommunizieren. Aber anders als seine innerparteilichen Gegner hat Heinrich Brandler nicht mit unerfüllbaren Versprechungen Bankrott gemacht. Von seiner illusionslosen Analyse der Lage und der Handlungsmöglichkeiten von Kommunisten könnte – wenn man es denn will – auch heute noch gelernt werden.

Eine Chronologie des Jahres 1928

9. bis 25. Februar: Auf IX. Plenum des EKKI wird die »Linkswende« in der Komintern (»Einheitsfront von unten«) unter Bucharins Führung durchgesetzt.

29. Februar: Geheimabkommen zwischen der Delegation der KPdSU und der KPD bei der Komintern.

17. Juli bis 1. September: VI. Weltkongreß der Komintern.

29. August: Der linkskommunistische Volkswillen berichtet über Unregelmäßigkeiten in den Hamburger KPD-Financen.

26. September: ZK-Tagung der KPD bestätigt den Parteiausschluß Wittorfs; Pries, Presche und Schehr werden ihrer Funktionen enthoben. Thälmanns Funktionen ruhen bis zu einer Entscheidung des EKKI.

6. Oktober: Etwa 25 (von 52) Mitglieder bzw. Kandidaten des ZK distanzieren sich von ihrem am 26.9. gefaßten Beschluß.

6. Oktober: Das Präsidium des EKKI stellt sich hinter Thälmann.

18. Oktober: Offener Brief von Thalheimer, Walcher, Schreiner, Köhler, Enderle an das EKKI.

19./20. Oktober: ZK-Tagung der KPD, auf der die Verdrängung der »Versöhnler« aus dem Apparat und die Entfernung der »Rechten« aus der Partei beschlossen werden.

17. November: Die erste Ausgabe von Gegen den Strom, dem späteren Organ der KPD(O) erscheint.

19. Dezember: Das Präsidium des EKKI beschließt den Ausschluß der »Rechten«.

28. Dezember: Gründung der KPD (Opposition).

Erstveröffentlichung: junge Welt, 18.10.2003 , mit folgendem Vorspruch der Redaktion:

"Die jW-Debatte über die Wittorf-Affäre entzündete sich im Frühjahr an einer Nick-Brauns-Rezension des vierten Bandes der u. a. von Klaus Kinner herausgegebenen »Geschichte des Kommunismus und Linksradikalismus« (jW, 11. April), die u.a. den Widerspruch von Eberhard Czichon und Heinz Marohn hervorrief (jW, 28. April). Beide Autoren legten die Ergebnisse ihrer Archivforschungen über die Auseinandersetzungen um Ernst Thälmann in der jW vom 27./28. September 2003 noch einmal ausführlich dar. Darauf antwortet heute Sebastian Gerhardt."